



Jan-Niklas Mack

Die »rechtsscheinbare« Autorisierung von Zahlungsvorgängen

Rechtsscheinungsgrundsätze im europarechtlich determinierten Zahlungsdienstrecht

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht, Band 73

Abb., 336 Seiten, 2018

Print: <978-3-428-15458-6> € 99,90

E-Book: <978-3-428-55458-4> € 89,90

Print & E-Book: <978-3-428-85458-5> € 119,90

Wie in europarechtlich determinierten Rechtsgebieten allgemein kommt es auch im Zahlungsdienstrecht zu Reibungspunkten zwischen den umgesetzten Richtlinienvorgaben und der gewachsenen staatlichen Rechtsordnung. Dieses Spannungsverhältnis kann jedoch zugunsten der Anwendung nationaler Grundsätze aufgelöst werden: Neben der Anwendung der Grundsätze zum Anscheinsbeweis haben hinsichtlich der zahlungsdienstrechtlichen Autorisierung insbesondere Rechtsscheinungsgrundsätze allgemein Geltung. Es kann jeweils eine die zahlungsdienstrechtlichen Spezialvorgaben berücksichtigende Ausgestaltung anhand einer Kategorisierung der verschiedenen Autorisierungsverfahren gelingen. Ein rechtsvergleichender Blick sowie ein Ausflug in den zahlungsdienstrechtlichen Bereicherungsausgleich bestätigen die Fortgeltung nationaler Rechtsscheindogmatik als Klassiker des deutschen Zivilrechts im Kontext des europarechtlich vorgeformten Rechts der Zahlungsdienste samt den Besonderheiten des digitalen Rechtsverkehrs.

Inhalt

- 1. Einführung:** Das Spannungsverhältnis zwischen Richtlinienumsetzung und gewachsener staatlicher Rechtsordnung — Überblick: Rechtsscheinungsgrundsätze im Zahlungsdienstrecht — Der bargeldlose Zahlungsverkehr als Teil des digitalen Rechtsverkehrs — Reibungspunkte zwischen Vertrauensschutzprinzipien und zahlungsdienstrechtlichen Spezialvorgaben — Gang der Untersuchung
- 2. Das System der Rechtsscheinungsgrundsätze und seine relevanten Ausformungen:** Allgemeine Grundsätze einer Einstandspflicht nach Rechtsscheinungsgrundsätzen: Das Rechtsscheinprinzip — Die Kodifikation des Rechtsscheinprinzips in den §§ 170–173 BGB — Duldungs- und Anscheinsvollmacht — Die Grundsätze des Blankettmissbrauchs — Rechtsscheinungsgrundsätze im digitalen Rechtsverkehr — Sonstige Verkehrsschutzvorschriften — Rechtsfolgen der Einstandspflicht nach Rechtsscheinungsgrundsätzen — Sonderfall der ungelesen unterschriebenen Urkunde — Zwischenergebnis
- 3. Die Autorisierung im Recht der Zahlungsdienste:** Zahlungsdienste als Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs — Das Zahlungsdienstrecht als europarechtlich determiniertes Rechtsgebiet — Die Autorisierung eines Zahlungsvorgangs — Zwischenergebnis
- 4. Konstellationen einer (scheinbaren) Autorisierung als faktische Grundlage:** Die Autorisierung im Rahmen der einzelnen Zahlungsdienste — Konstellationen eines Drittzugriffs im Rahmen der Autorisierung — Kategorisierung der Autorisierungsverfahren
- 5. Die rechtliche Behandlung der scheinbaren Autorisierung:** Der Anscheinsbeweis zugunsten einer Autorisierung als prozessuale Vorfrage — Der zentrale Streitpunkt: Kollision von europarechtlichen Vorgaben und nationaler Rechtsscheindogmatik im Kontext der zahlungsdienstrechtlichen Autorisierung? — Der Tatbestand der »rechtsscheinbaren« Autorisierung — Rechtsfolgen: Anfechtungsausschluss im Kontext des Zahlungsdienstrechts — Praxisfolgen und Gestaltungsmöglichkeiten durch AGB
- 6. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung:** Zusammenfassung der zentralen Thesen — Schlussbetrachtung: Europarechtliche Vorgaben als Gefahr für zivilrechtliche Regelungssysteme

Literatur- und Stichwortverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de